

Liebe Bürgerinnen und Bürger,  
sehr geehrte Mitglieder des Gemeinderates,

Die Herausforderungen für das kommende Jahr sind mit Blick auf den Haushalt gewachsen: gestiegene Kosten - vor allem im Baugewerbe, höhere Zinsaufwendungen, deutlich gestiegene Personalaufwendungen durch die hohen Tarifabschlüsse und gleichbleibend hohe (manchmal auch egoistische und sehr auf das eigene Leben und Wohlbefinden bezogene) Ansprüche der Bürgerschaft. Diese Parameter stellen eine enorme Herausforderung dar, einen Haushalt für das Jahr 2024 aufzustellen.

Nach wie vor sind Kommunen nicht auskömmlich finanziert.

Außerdem wird das Thema des Zuzugs und der Unterbringung von Geflüchteten angesichts einer krisenhaften Weltlage bundes- und landespolitisch nicht ausreichend gesteuert.

Wir bewegen uns trotz aller vom Land angebotenen (?) bilanziellen Möglichkeiten - andere sagen „Taschenspielertricks - sehr deutlich auf eine Haushaltssicherung zu. Eines muss uns klar sein: Die Zeiten des „Es ist noch immer besser gekommen als prognostiziert“ der letzten Jahre könnten vorbei sein und sind es wahrscheinlich auch. Die Konsolidierungsbemühungen der letzten Jahre konnten nicht fruchten und der berechtigte Anspruch aus Politik und Bürgerschaft, dass Nottuln sich endlich weiterentwickeln soll, ist mit den notwendig strengen Sparbemühungen nicht zu vereinbaren.

Wir haben bereits vom Angebot gebraucht gemacht, 2 Prozent (das entspricht etwa 1 Mio.) globalen Minderaufwand einzukalkulieren - für 2024 und für die nächsten Haushaltsjahre in der mittelfristigen Finanzplanung. Dies entspricht etwa 10% der „steuerbaren“ Aufwendungen.

Unternehmensberater sind bekannt dafür, dass 10 Prozent einzusparen, immer geht. Davon haben wir uns ein Stück weit inspirieren lassen. Die Einsparungen allein reichen aber bei Weitem nicht aus. Denn wir haben nicht nur ein Ausgabenproblem, sondern vor allem ein Einnahmenproblem, bedeutet: Wir brauchen gleichfalls eine Steigerung der steuerbaren Einnahmen. Auch wenn derzeit alle Kosten steigen und Bürgerinnen und Bürger belasten, kommen wir nicht umhin, uns im Gleichschritt ebenfalls mit einer moderaten Kostensteigerung zu beteiligen. Das bedeutet, alle beeinflussbaren und steuerbaren Einnahmen um 20% zu erhöhen.

Dieses Konzept wird im Einzelfall hart sein, angefochten, diskutiert und geprüft werden müssen, ist aber aus meiner Sicht der einzig gangbare Weg, um einerseits nicht in völlige Schiefelage zu geraten, andererseits Möglichkeiten und Handlungsoptionen trotzdem zu realisieren und den beschriebenen Herausforderungen zu begegnen.

Besonders die Erhöhung der Steuern ist ein bedauerlicher, aber auch unumgänglicher Schritt. Zugleich ist es aber auch ein natürlicher Mechanismus, weil Kommunen keine andere Möglichkeit haben, ihre Einnahmen zu steigern - trotz aller Sparbemühungen. Darum werden wir uns in diese Tendenz einfügen müssen. Wir können nur über eine moderate Erhöhung der Steuern und Gebühren unseren Haushalt im Griff halten.

Gleichzeitig müssen wir uns bewusst machen, dass 20 Prozent Steigerung bei allen Steuern (insgesamt 2,9 Mio. durch Hundesteuer, Grundsteuer A, B und Gewerbesteuer), allein nur die Kreis- und Jugendamtsumlage ausgleicht - aber damit allen Bürgerinnen und Bürgern direkt zugutekommt. Und ich darf daran erinnern, dass wir mit diesem Haushalt den Service, die Infrastruktur und die Angebote für Bürger:innen aufrecht erhalten. Denn letztendlich - so ist unser Steuersystem aufgebaut - zahlen auch und vor allem die Bürger:innen für ihren eigenen Lebens- bzw. Kommunalstandard. Und auch wenn die geplanten Steuererhöhungen immerhin einen Teil der Ausgaben ausgleichen könnten, würden die Einsparungen bei weitem nicht ausreichen. Klar ist: Wir geraten ab 2025 in Liquiditätsengpässe - allein wegen der Zins- und Tilgungsverpflichtungen.

Wären wir ein Unternehmen, würden wir ganz anders, deutlich härter an den Haushalt gehen, um eine Insolvenz abzuwenden. Tarifabschlüsse, gestiegene Zinsen für die Investitionen, die allesamt den Bürgerinnen und Bürgern zugutekommen, und steigende Bau- und Lebenshaltungskosten sind ein Fakt, sie lassen sich nicht wegdiskutieren und müssen leider gegenfinanziert werden.

Letztlich - und das muss uns in der Debatte immer bewusst bleiben - sind auch wir an gesetzliche Vorgaben gebunden, die uns zu diesen Ausgaben verpflichten. Der LWL holt sich das Geld vom Kreis, der es sich wiederum bei den Kommunen abholt. Wir MÜSSEN diese Kostensteigerungen weitergeben, weil auch die Leistungen des LWL solche Leistungen sind, die den Bürger:innen zugutekommen. Diese und viele andere Mehrkosten müssen wir weitergeben. Sie können - bei allen Sparbemühungen, die aber nicht ausreichen - am Ende nicht kreditfinanziert werden und vor allem können sie nicht für kommende Generationen aufgehäuft werden. Hinzu kommt, dass außerdem alle zusätzliche Leistungen für den Bund finanziell nicht erstattet werden. Wir bräuchten

dringend frisches Geld von Land oder Bund - bekommen es aber nicht. Ohne echte Geldzuweisungen gehen wir bankrott!

Umso deutlicher muss ich an dieser Stelle einmal werden, wenn ich betone: Wir als Verwaltung brauchen KEINEN weiteren Prüfauftrag zu den Themen Einsparungen, alternativen Finanzierungsmodellen, Förderung oder Konsolidierung. Das alles wird nicht helfen, aber das Verfahren weiter verzögern sowie Zeit und Geld kosten, die wir nicht haben.

Ich wünsche mir sehr, dass wir unserem neuen Kämmerer einen Haushalt aufstellen, mit dem er nicht absehbar in die Haushaltssicherung gerät. Gönnen wir ihm die Chance, in seine Arbeit in einem größeren Maß an Freiheit einzusteigen!

Dennoch oder gerade deswegen müssen wir überlegen und uns sehr deutlich dazu positionieren, welche Leistungen künftig oder weiterhin freiwillig sind und welche Aufgaben die Gemeinde einstellen, ersetzen oder reduzieren kann. Dazu gehört auch, zu überlegen, die Erschließungsmaßnahmen für neue Gewerbe- oder Baugebiete zu stoppen oder der Sanierung der Feuerwehr und des Baubetriebshofes zu überdenken. Müssen wir große Investitionen stoppen? Schon jetzt werden alle Kreditermächtigungen bei diesem Szenario gezogen - auch wenn die Erträge in den vergangenen Jahren immer wesentlich besser waren.)

Bei all den schwierigen Veränderungen, die auf uns zukommen, möchte ich aber auch die Chancen in den Blick nehmen, die die kommenden Jahre für uns bereithalten:

### Bildung

Wir haben miteinander beschlossen, in den kommenden fünf Jahren, 10 Mio. in unsere schulische Infrastruktur zu investieren. Das ist nicht nur gut, sondern absolut nötig, muss aber finanziert werden - zumindest Zins und Tilgung müssen wir uns erlauben können.

### Kultur

Wir haben als Verwaltung, als Fachbereich 6, im Zusammenspiel mit vielen Ehrenamtlichen gezeigt, welche Kraft und welches Leistungsvermögen in uns steckt. Die Bürgerschaft hat die neuen Veranstaltungen sehr gut angenommen und es zeigt, wie wichtig auch nach den Jahren der Pandemie und der Isolation, das Gemeinsame Tun, das Miteinander-Feiern, Konzerte und Events sind. Das kulturelle Leben Nottuln stabilisiert Nottuln und hält alle Ortsteile lebendig.

## Wohnen

Wir treiben den genossenschaftlichen Wohnungsbau mit drei Schwerpunkten voran:

- 1.) Für Menschen mit kleinem Einkommen entstehen zunächst zwei Häuser mit insgesamt 14 Wohneinheiten an der Dülmener Straße im Wohngebiet Südlich Lerchenhain.
- 2.) Acht Kleinwohnungen für Auszubildende und Studierende Nottulner Unternehmen werden am Bahnhof in Appelhülsen gebaut. Auf diese Weise beginnen wir, dem berechtigten Wunsch nach Wohnraum für Beschäftigte zu steigern und in dieses Themenfeld gemeinsam mit den Betrieben einzusteigen. Es ist erst ein Anfang; weitere Wohnmöglichkeiten sind in Planung.
- 3.) Im Alter gut und ein Stück gemeinschaftlich wohnen zu können ist lange schon ein Wunsch. Auch diesen Wunsch werden wir, teils als geförderten Wohnraum für Menschen mit kleiner Rente, erfüllen und haben im Rahmen der bestehenden Genossenschaft ein Projekt in Angriff genommen.
- 4) Auch das Thema Wohnraum für Geflüchtete dürfen wir nicht aus dem Blick verlieren: Wir sollten an unserer bewährten Strategie festhalten, nicht mehr als 50-60 Menschen in einer Unterkunft wohnen zu lassen, um eine bestmögliche Betreuung und Integration zu ermöglichen. Wenn wir jetzt im Ortsteil Nottuln bauen, dann tun wir das - wie immer - mit dem Blick und in der Qualität, sodass dort eine Nachnutzung der Gebäude möglich ist.
- 5) Um den Wohnungsmarkt auch mittelfristig zu entlasten, werden wir außerdem weiteren bezahlbaren Wohnraum schaffen.

Die kommenden Jahre, das kann und möchte ich gar nicht schönreden, werden eine finanzielle und energie-intensive Herausforderung für uns. Einerseits müssen wir sparen, wo es nur geht. Andererseits - davon bin ich bei allen Fragezeichen, die man machen muss, überzeugt - müssen wir Investitionen tätigen, um die Gemeinde zukunftssicher aufzustellen und Folgekosten abzumildern. Ein Haus, das sanierungsbedürftig ist, lässt sich zwar immer wieder notdürftig reparieren. Aber weder ist darin ein lebenswertes Wohnen möglich, noch reduziert ein Hinauszögern der dringend nötigen Arbeiten tatsächlich die Kosten - ganz im Gegenteil.

Lassen Sie uns also offen darüber diskutieren - nicht über die Fehler der Vergangenheit, sondern über die Chancen in der Zukunft und für die Zukunft! Ich bin überzeugt: Wir werden diese Zeit nur dann gut bewältigen können, wenn wir konstruktiv miteinander umgehen, uns alle sehr persönlich engagieren und mit Bürgerinnen und Bürgern auf allen Ebenen in intensiven Kontakten bleiben. Lassen Sie uns miteinander ein Narrativ entwickeln, das Ausdruck unserer

politischen Kultur ist, die auf Ausgewogenheit, maßvolle Entwicklung und Lebensqualität für alle ausgerichtet ist - über Parteigrenzen hinweg.

Ich freue mich auf eine lebhafte und kontroverse Diskussion - und am Ende auf einen hoffentlich breit getragenen Konsens für Nottun!